

121/2000

Kiel, 25. September 2000

### Vorschau auf die Tagesordnung der 5. Tagung des Landtages

Kiel (SHL) – *Am Mittwoch, 27. September, um 10:00 Uhr tritt der 15. Schleswig-Holsteinische Landtag zu seiner 5. Tagung zusammen. Drei Tage lang dauert die Sitzung, jeweils von 10:00 bis 18:00 Uhr.*

Am **Mittwoch** beginnt das Plenum seine Beratungen mit der Ersten Lesung des **Landeshaushaltes 2001** (Drs. 15/290) sowie der Debatte über den **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004** (Drs. 15/337). Die Beratungen dieser Punkte sind mit nahezu fünf Stunden veranschlagt, so dass im Anschluss lediglich zwei weitere Punkte auf der Tagesordnung stehen.

In Erster Lesung wird der **Gesetzentwurf zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften** (Drs. 15/374) beraten. Er sieht unter anderem eine Anpassung der Rundfunkgebühren für ARD, ZDF und DeutschlandRadio vor.

Mit der Debatte über einen Antrag der CDU-Fraktion in Sachen **Polizeiausbildung** (Drs. 15/213) gehen die Beratungen des ersten Tages zuende.

Am **Donnerstag** werden zu Beginn vier Tagesordnungspunkte gemeinsam beraten, die die Ostseepolitik des Landes betreffen: die **9. Ostseeparlamentarierkonferenz** (Bericht des Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens dazu), die **Aktivitäten im Ostseeraum** (Drs. 15/204), der **Erweiterungsprozess der Europäischen Union** (Drs. 15/325) und die **Sicherheitskooperation im Ostseeraum** (Drs. 15/208).

Anschließend befasst sich das Plenum mit den von drei Fraktionen vorgelegten Anträgen zum Thema **Rechtsextremismus** (Drs. 15/341 - SPD, Drs. 15/348 - CDU, Drs. 15/346 - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Danach steht die Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion in Sachen **Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente** (Drs. 15/333) im Mittelpunkt der Debatte.

Nach der Mittagspause legt um 15:00 Uhr der Landtagspräsident seinen jährlichen Bericht über die **Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten** vor (Drs. 15/390). Darin wird die Beauftragung einer Diäten-Kommission mit der Überprüfung des Abgeordnetengesetzes vorgeschlagen, um die Vereinbarkeit der rechtlichen Vorschriften mit dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu prüfen. Zudem soll die zu versteuernde Grundentschädigung der Abgeordneten zum 1.1.2001 um 1,5% (DM 110) monatlich angehoben werden. Entsprechend der Tarifentwicklung soll auch die Mitarbeiterkostenerstattung steigen (ab 1.1.2001 um DM 80/mtl.)

Die **Reform des Föderalismus** war Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/231), der bereits im Plenum debattiert wurde. Nach Beratung in den Ausschüssen wird nun dem Landtag empfohlen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen (Drs. 15/336). Dazu ist eine kurze Debatte vorgesehen.

Es folgen eine Reihe von Themen aus dem Justizbereich: Ein Antrag der F.D.P.-Fraktion befasst sich mit der **Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte von Justizministerin Anne Lütkes durch das Bundeskriminalamt** (Drs. 15/360).

Anschließend legt die Landesregierung dem Parlament zwei Berichte zur Beratung vor: zur **Reform der Juristenausbildung** (Drs. 15/228) und zur **Reform des Zivilprozesses** (Drs. 15/229).

In dem darauf folgenden Antrag des SSW schließlich wird ein **Modellversuch zum Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt** (Drs. 15/376) gefordert. Dabei geht es darum, „Gewalttätern im Falle häuslicher Gewalt durch einen Platzverweis die ‘Rote Karte’ zu zeigen“.

Am **Freitag** steht als erstes ein Antrag der Fraktion der CDU zur **Verringerung der Arbeitslosigkeit längerfristig Arbeitsloser** (Drs. 15/215) auf der Tagesordnung.

Es folgt die Debatte über einen weiteren CDU-Antrag, und zwar zum Thema **Bundeswehrstrukturreform** (Drs. 15/351).

Die **Bewirtschaftung der ‘Hamburger Hallig’** (Drs. 15/352) ist ebenfalls Gegenstand eines Antrages der CDU-Fraktion.

Ein Antrag der F.D.P.-Fraktion befasst sich danach mit dem **Internat Schloss Plön** (Drs. 15/364).

Jeweils einen Antrag zur Frage der **Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen** haben CDU (Drs. 15/379) und F.D.P. (Drs. 15/365) vorgelegt.

Mit der **Übernahme des Streckennetzes der DB-AG durch Bund und Land** beschäftigt sich ein gemeinsamer Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/370), der dann auf der Tagesordnung steht.

Die **Ladenöffnungszeiten** bzw. das **Ladenschlussgesetz** sind Gegenstand zweier Anträge der CDU (Drs. 15/377) und der F.D.P. (Drs. 15/388), deren Beratung sich anschließt.

Danach befasst sich das Plenum mit der **Finanziellen Absicherung des Programms „ZIEL - Zukunft im eigenen Land“ (2000 - 2006)** (Drs. 15/380), die Gegenstand eines Antrags der CDU-Fraktion ist.

Um die **Zukunft des Wohnungsbaus** geht es in der folgenden Debatte eines gemeinsamen Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/381).

Ein weiterer gemeinsamer Antrag dieser beiden Fraktionen befasst sich mit der **Sozialversicherungspflicht der Studierenden** (Drs. 15/383).

Anschließend geht es im Landtag um die **Fehlfahrten bei Rettungsdienstesätzen**.

Grundlage ist ein Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/384) dazu.

Die **Aussetzung der Ökosteuer** beantragt die CDU-Fraktion im Plenum (Drs. 15/385) und fordert die Landesregierung zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative auf.

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion beschäftigt sich der Landtag dann mit der **Förderung der Gentechnik** (Drs. 15/386).

Der **Erhalt der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer** ist Gegenstand eines weiteren F.D.P.-Antrags (Drs. 15/387).

Es folgt die Beratung zweier Berichte: Der **Bericht der Investitionsbank 1999** (Drs. 15/146) und der Bericht über die **Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999** (Drs. 15/326).

Zum Abschluss der 5. Tagung befasst sich der Landtag schließlich noch mit einem Bericht der Landesregierung über **Absentismus/Fernbleiben vom Unterricht** (Drs. 15/358).

**Zu den folgenden 9 Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
3	Änderung des Katastrophen- und Brandschutzgesetzes (Drs. 15/328)	-
4	Vollzug des Gefahrstoffrechts (Drs. 15/369)	-
7	Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat der Kulturstiftung (Drs. 15/355)	-
18	Fremdsprachenunterricht an Grundschulen (Drs. 15/367)	-
19	Arbeitsmarktzugang für Migrantinnen und Migranten (Drs. 15/368)	-
21	Diskriminierung von Lesben und Schwulen (Drs. 15/373)	-
24	Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“ (Drs. 15/378)	-
28	Zukunft der Weiterbildung (Drs. 15/382)	-
40	Tätigkeit des Eingabenausschusses (Drs. 15/274)	5

**Hinweis:** Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden.



**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG**

15. Wahlperiode

**Reihenfolge der Beratung  
der 5. Tagung**

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 27. September 2000</b>			
2 u.44	Haushaltsgesetz 2001 und Finanzplan 2000 bis 2004	270	10:00
5	Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften	30	16:30
<b>Donnerstag, 28. September 2000</b>			
<b>36, 37, 41 u.47</b>	<b>9. Ostseeparlamentarierkonferenz, Aktivitäten im Ostseeraum, Erweiterungsprozess der EU und Sicherheitskooperation im Ostseeraum</b>	<b>70</b>	<b>10:00</b>
10, 11 u.12	Rechtsextremismus	60	11:10
6	Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente	65	12:10
<b>48</b>	<b>Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung der Abgeordneten</b>	<b>10</b>	<b>15:00</b>
43	Reform des Föderalismus	35	15:10
8	Polizeiausbildung	30	15:45
9	Arbeitslosigkeit längerfristig Arbeitsloser	30	16:15
13	Bundeswehrstrukturreform	30	16:45
14	Bewirtschaftung der „Hamburger Hallig“	30	17:15
15	Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte von Justizministerin Anne Lütkes	30	17:45
<b>Freitag, 29. September 2000</b>			

<b>TOP</b>		<b>ange- meldete Redezeit</b>	<b>Voraussichtl. Beginn der Beratung</b>
16	Internat Schloss Plön	30	10:00
17 u.25	Zielvereinbarung mit den Hochschulen	30	10:30
20	Übernahme des Streckennetzes der DB-AG	30	11:00
22	Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt	30	11:30
23 u.34	Ladenöffnungszeiten	30	12:00
26	Programm „Ziel - Zukunft im eigenen Land“	30	12:30
27	Zukunft des Wohnungsbaus	45	15:00
29	Sozialversicherungspflicht der Studierenden	30	15:45
30	Fehlfahrten bei Rettungsdiensteinsätzen	30	16:15
31	Aussetzung der Ökosteuer	60	16:45
32	Förderung der Gentechnik	30	
33	Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer	30	
35	Bericht der Investitionsbank	30	
38	Reform der Juristenausbildung	40	
39	Reform des Zivilprozesses	60	
42	Tätigkeit der Technologiestiftung	30	
45	Absentismus / Fernbleiben vom Unterricht	30	

## Ablauf und Beratungszeiten der 5. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
<b>1</b>	<b>Fragestunde</b>								<b>30</b>
	<b>Erste Lesungen</b>								
2	Haushaltsgesetz 2001 (Reg.) <b>- mit TOP 44 -</b>	-	45	45	45	45	45	45	270
3	Änderung des Katastrophen- und des Brandschutzgesetzes (Reg.)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
4	Abkommen über die Zentral- stelle der Länder für Sicher- heitstechnik und über die Akkre- ditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Voll- zug des Gefahrstoffrechts (Reg.)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
5	Gesetz zur Änderung rundfunk- rechtlicher Vorschriften (Reg.) <b>- nach TOP 2 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
	<b>Große Anfrage</b>								
6	Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente (CDU) <b>- nach TOP 10 -</b>	-	10	15	10	10	10	10	65
	<b>Wahlvorschlag</b>								
7	Wahl der Mitglieder für den Stif- tungsrat der Kulturstiftung	<b>- ohne Aussprache -</b>							
	<b>Anträge</b>								
8	Polizeiausbildung (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
9	Verringerung der Arbeitslosig- keit längerfristig Arbeitsloser (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
10	Rechtsextremismus und Frem- denfeindlichkeit (SPD) <b>- mit TOP 11 und 12 nach TOP 36 -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
11	Rassismus und Fremdenfeind- lichkeit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Gegen Rechtsextremismus (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Bundeswehrstrukturreform (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
14	Bewirtschaftung der „Hamburger Hallig“ (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
15	Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte von Justizministerin Anne Lütkes (F.D.P.)	-	5	5	10	5	5	-	30
16	Internat Schloss Plön (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
17	Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen (F.D.P.) - <b>mit TOP 25 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
18	Fremdsprachenunterricht an Grundschulen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
19	Arbeitsmarktzugang für Migrantinnen und Migranten (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
20	Übernahme des Streckennetzes der DB-AG durch Bund und Land (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
21	Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
22	Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt (SSW)	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Ladenöffnungszeiten (CDU) - <b>mit TOP 34 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
24	Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“ (CDU)	- ohne Aussprache -							
25	Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Programm „Ziel - Zukunft im eigenen Land“ (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
27	Zukunft des Wohnungsbaus (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	10	10	5	5	5	10	45
28	Zukunft der Weiterbildung (SSW)	- ohne Aussprache -							
29	Sozialversicherungspflicht der Studierenden (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
30	Fehlfahrten bei Rettungsdiensteinsätzen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
31	Aussetzung der Ökosteuern (CDU)	-	10	10	10	10	10	10	60

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
32	Förderung der Gentechnik (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Erhalt der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
34	Abschaffung des Gesetzes über den Ladenschluss (F.D.P.)	-	-	-	-	-	-	-	-
	<b>Berichte</b>								
35	Bericht der Investitionsbank 1999	-	5	5	5	5	5	5	30
36	Bericht des Landtagspräsi- den- ten über die 9. Ostseeparla- mentarierkonferenz in Malmö <b>mit TOP 37, 41 und 47 am Donnerstag 10:00 Uhr -</b>	10	10	10	10	10	10	10	70
37	Aktivitäten im Ostseeraum 1999/2000 (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
38	Reform der Juristenausbildung (Reg.)	-	5	10	5	5	5	10	40
39	Reform des Zivilprozesses (Reg.)	-	10	10	10	10	10	10	60
40	Tätigkeitsbericht des Eingaben- ausschusses	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
41	Der Erweiterungsprozess der Europäischen Union (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
42	Tätigkeit der Technologiestiftung (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
43	Reform des Föderalismus (Reg.) <b>nach TOP 48 -</b>	5	5	5	5	5	5	5	35
44	Finanzplan 2000 bis 2004 (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
45	Absentismus / Fernbleiben vom Unterricht (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
46	Bericht zur Entwicklung der GMSH (Reg.)	<b>- Absetzung von der TO vorgesehen -</b>							
47	Sicherheitskooperation im Ost- seeraum (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
48	Bericht des Landtagspräsi- den- ten gemäß § 28 SHAbgG über die Angemessenheit der Ent- schädigung der Abgeordneten <b>- Donnerstag 15:00 Uhr -</b>	10	-	-	-	-	-	-	10

